



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 089 898

P/X/145 - 28.6.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die erste große Wehrdebatte	S. 1
Vorstöße des katholischen Klerus in Österreich	S. 3
Friedhofruhe im Musterland Rheinland-Pfalz	S. 3
Im Märchenland der Propaganda/Zu einem Reisebericht über die Mittelzone	S. 7

## Streitkräfte-muzalos aber gefährlich

sp - Die erste große wehrpolitische Debatte im Deutschen Bundestag trug viele unwirkliche, stellenweise geradezu gespenstische Züge. Während der Verteidigungsminister Blank darüber berichtete, wie sich die Bundesregierung den Aufbau der künftigen Streitkräfte im einzelnen vorstellt und gleichzeitig den, nicht nur nach sozialdemokratischer Auffassung unmöglichen Entwurf eines Freiwilligen-Gesetzes empfahl, durchbräuteten den Luftraum über der Bundesrepublik und anderer NATO-Staaten tausende modernster Kampflugzeuge, wurden Dutzende von Flugplätzen nach den Manöver-Berichten "atomisiert", entstand in der Vorstellung auch des Phantasielosesten das Zukunftsbild eines Krieges mit unausdenkbaren Begleiterscheinungen und Folgen. Das, was auf diesem militärischen Hintergrund vorgetragen wurde, wirkte wie ein einziger Anachronismus. Als praktisch wirksamer Schutz für die Bundesrepublik haben die geplanten 12 Divisionen schon vor Jahren nur eine geringe militärische Bedeutung gehabt. In der Zwischenzeit hat die Entwicklung der Kriegsmittel bis zur Wasserstoffbombe den Verteidigungswert von Streitkräften, wie sie hier im Laufe der nächsten Jahre aufgebaut werden sollen, fast auf den Nullpunkt reduziert.

Es hat in der ganzen Rede des Verteidigungsministers keinen Satz von geringerer Glaubwürdigkeit als den gegeben, die Regierung hätte den Weg der Aufstellung von Streitkräften gern vermieden, wenn sie

eine andere Möglichkeit gesehen hätte. In Wirklichkeit hat sie auf nichts so hartnäckig hingearbeitet, wie darauf, Sie glaubte, nur so den Gefahren unserer Lage begegnen und den Frieden sichern zu können. Das war genau so irreführend wie der Satz des Bundeskanzlers in seiner ersten kurzen Zwischenbemerkung: "Mit dieser Wehrmacht wollen wir unser Vaterland schützen", wobei wieder einmal die Bundesrepublik als das deutsche Vaterland auftrat. Es gibt keinen vernünftigen Menschen, der glaubt, dass mit diesen Streitkräften Sicherheit für die Bundesrepublik geschaffen werden könne. Nach einem wochenlangen Aufenthalt in den USA, der ihn mit den höchsten militärischen Stellen zusammenbrachte, schrieb ein führender Militärschriftsteller gerade am Tage der Regierungserklärung Blanks in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung":

"Die logische Folgerung aus der Erkenntnis der atomaren Wirkungsmöglichkeiten müsste die sein, den Rooker-Krieg der Zukunft zuerst nicht durch eine romantische militärische Restauration entgegenzutreten, sondern mit handfesten Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung. Die ersten 9 Mrd., mit denen wir unsere Aufrüstung einleiten, sollten besser zur unmittelbaren Sicherheit der Bevölkerung gegen Atomangriffe ausgegeben werden."

#### Adenauers neue Erkenntnis

Der militärischen Nutzlosigkeit dieser deutschen Streitkräfte im großen internationalen Kräftespiel entspricht der Widersinn, der darin liegt, dass man die aufs ganze gesehen belanglose, politisch aber ein ernstes Störungsmoment darstellende westdeutsche Wiederbewaffnung jetzt in dieser Weise forciert, wenn sie schon als Folgeerscheinung der Pariser Verträge in Grundsatz international beschlossen ist. Alle Welt ist sich darüber klar, dass wir nach langen Jahren zum erstenmal in einem Abschnitt hoffnungsvoller Entspannung leben, die Forderung nach internationalen Abrüstungsverhandlungen war nie so ernst gemeint, so zwingend und die Erfüllung so aussichtsreich wie heute. Den Notwendigkeiten, sich in diese Tendenzen möglichst wirkungsvoll einzuschalten und daraus das Beste für das brennendste deutsche Problem, die Wiedervereinigung, herauszuholen, entspricht die Bundesregierung mit der Bill-Vorlage einer Wehrgesetzgebung, weil sie, wie sie immer wieder gesagt hat, darin einen Teil jener Politik der Stärke sieht, die die Sowjets angeblich verhandlungsbereit gemacht habe. Unglücklicherweise aber hat Dr. Adenauer selbst ausgerechnet am Tage dieser Debatte endlich einmal in einem Zeitungsartikel den wahren Grund für die eingebildete Wandlung genannt, als er schrieb: "Die Aussichten für eine Verständigung der Völker untereinander sind endlich besser geworden, durch die in der Zwischenzeit eingetretene Entwicklung der Atomwaffen und der H-Bombe."

#### Katalog der guten Vorsätze

Aber die künftigen Streitkräfte in der Bundesrepublik werden, von ihrem Wert oder Unwert als militärisches Instrument in einem hoffentlich vermeidbaren Zukunftskrieg abgesehen, ein wichtiger Bestandteil im Leben der Bundesrepublik sein. Hier liegt, möchte man sagen, sogar ihre eigentliche Bedeutung. Die Gefahren, die mit einer Fehlentwicklung auf diesem Gebiet verbunden sind, liegen auf der Hand.

Offenbar hat man auch bei der Regierung und den Regierungsparteien ein Gefühl dafür, dass man in der Bevölkerung diese Gefahren durchaus sieht. Vermutlich deshalb der auffallende Nachdruck und die Häufigkeit, mit der Verteidigungsminister Blank und auch die Sprecher der Koalition die Notwendigkeit einer Art Entmilitarisierung des Militärs unterstrichen. Da war immer wieder davon die Rede, dass die Streitkräfte kein Staat im Staate werden dürften, dass die parlamentarische Kontrolle stärker als früher (doch nicht etwa als im Dritten Reich? Das wäre dann gewiss nicht viel) durchgeführt werden würde, man verspreche zivile Leitung, zivile Verwaltung und eine Militärgerichtsbarkeit in zivilen Händen. Es war ein ganzer Katalog der guten Vorsätze.

#### Eine Armee der Koalition?

Leider aber hat die Regierung durch die Art, wie sie das Freiwilligen-Gesetz, von seinem Inhalt ganz abgesehen, für das Parlament vollkommen überraschend vorlegte, wie sie die Kritik durch den Bundesrat und andere Körperschaften und auch die Einwände in der breitesten Öffentlichkeit ignorierte, selbst gezeigt, wie sie in der Praxis die Rechte des Parlaments in der Öffentlichkeit missachtet. Natürlich liegt es da sehr nahe, Rückschlüsse auf ihr künftiges Verhalten in der Wehrfrage überhaupt zu ziehen. Die sozialdemokratische Opposition hat durch ihre Sprecher eine ganze Reihe konkreter Forderungen für eine wirksame parlamentarische Kontrolle erhoben, darunter die Schaffung eines parlamentarischen Sicherheitsausschusses mit weitgehenden Kontrollbefugnissen, die gesetzliche Verankerung eines ständigen Personalausschusses, eine besonders geregelte Verantwortlichkeit des Verteidigungsministers gegenüber dem Parlament und verfassungsrechtliche Regelung von sehr viel mehr Fragen, als die Regierung aus nach den Ausführungen Blanks willens ist. Vor allem aber hat die SPD eine Vorlage über den ganzen Komplex der Wehrgesetzgebung an die parlamentarischen Körperschaften verlangt, damit man endlich von der leidigen Gepflogenheit eines schrittweisen Operierens von einer vollendeten Tatsache zur anderen, möglichst unter Ausschaltung des Parlaments, abkommt.

Die Regierung sollte die Worte Ollenhauers sorgfältig beachten, seine Fraktion werde "ernsteste Konsequenzen ziehen, wenn versucht werden sollte, die gründliche Behandlung der Wehrfragen in den Ausschüssen zu verhindern". Und auch seine Warnung dass, wenn die kommenden Streitkräfte nicht getragen sind vom Vertrauen aller demokratisch gesinnten Teile der Bevölkerung, wenn sie sozusagen aufgestellt werden als Streitkräfte der gegenwärtigen Regierungskoalition, dass dann die Demokratie in der Bundesrepublik in unmittelbare Gefahr kommen könnte.

### Der Griff nach den Schulen

K.F., Wien, Ende Juni

Bis zum Jahre 1938 hat der katholische Klerus in Österreich stets auch einen starken politischen Einfluß geltend gemacht. Seit 1945 hält sich die katholische Kirche zwar offiziell außerhalb der politischen Parteien, doch bleiben keinem aufmerksamen Beobachter die engen Beziehungen zur ausgesprochen klerikalsten österreichischen Volkspartei verborgen.

Die Auseinandersetzungen um den Einfluß der Kirche auf die Schulen und auf die Ehegesetzgebung haben zwar in den vergangenen Jahren ab und zu die Gemüter erregt, blieben aber doch im wesentlichen im Schatten der großen politischen und wirtschaftlichen Probleme, die das vierfach besetzte kleine Land zu bewältigen hatte. Nun, da der Abschluß des Staatsvertrages einen Wendepunkt in der Entwicklung gebracht hat und Österreich zum erstenmal nach vielen Jahren des Faschismus, des Krieges und der militärischen Besetzung die Möglichkeit besitzt, das eigene Haus nach eigenem Gutdünken einzurichten, beginnt der Streit über kulturpolitische Fragen wieder größere Heftigkeit zu erlangen. Es ist ein Streit zwischen den beiden Koalitionsparteien, der konservativen österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs. Die Sozialisten haben die Mehrzahl der Wähler hinter sich, die Volkspartei besitzt - dank den Zufälligkeiten der Wahlarithmetik - um ein Nationalratsmandat mehr und stellt demgemäß den Regierungschef. Beide Parteien sind also praktisch gleich stark und überdies durch ein Koalitionsabkommen gezwungen, auf gegenseitige Kampfabstimmungen im Parlament zu verzichten, die ja doch nur dem erzreaktionären "Verband der Unabhängigen" oder den politisch bedeutungslosen Kommunisten als "Zünglein an der Waage" zustatten kämen.

So stellt jede bisherige Lösung eines Problems naturgemäß einen Kompromiß dar, wie er zur Eigenart und auch zur Stärke des demokratischen Systems gehört. Es wird dabei in der Regel die Zustimmung einer der beiden großen Parteien zu einem Gesetz, das ihr unsympathisch ist, durch ein Zugeständnis in der Frage eines anderen Gesetzes erkauft, das dieser Partei wieder besonders am Herzen liegt. In der

Frage der Schul- und Ehegesetzgebung - identisch mit der Abgrenzung beziehungsweise Verankerung des klerikalen Einflusses auf diesen wichtigen Gebieten des öffentlichen Lebens - ist es bisher noch nicht zu einer derartigen Kompromißlösung gekommen.

Worum geht es eigentlich? Die Katholische Kirche verlangt verstärkten Einfluß auf die Jugenderziehung, also auf die Schulen, und will neben den staatlichen Schulen gleichberechtigte konfessionelle Schulen errichten und - mit öffentlichen Mitteln - erhalten. Gerade die konservativen Gegner des sozialen Wohlfahrtsstaates erblicken nur allzu gerne im Staatshaushalt eine unversiegbare Quelle geldlicher Zuschüsse. Die katholische Kirche in Österreich ist in dieser Beziehung besonders empfindsam und "empfänglich". Die Sozialistische Partei, die dem staatlich bezahlten Religionsunterricht zugestimmt hat, will vor allem keine eigenen klerikalen Schulen und keine ausgesprochen klerikale Heranbildung des Lehrernachwuchses. Die Schulkinder sollen zu vollwertigen Staatsbürgern erzogen, aber nicht in Heilige und Ketzer gespalten werden. Die ÖVP unterstützt, wie immer, die klerikalen Vorstöße. Ihr Finanzminister, Dr. Reinhard Kamitz, hatte sogar im Bundesvoranschlag für das Jahr 1953 - über den es dann aus anderen Gründen zu einer Regierungskrise gekommen war - den Betrag von 9 Millionen Schilling für Subventionen an konfessionelle Privatschulen eingeschmuggelt, den er dann getreu einer vielgeübten Praxis im Laufe des Finanzjahres nach eigenem Gutdünken vergrößert hätte. Dies alles, ohne dass ein entsprechendes Gesetz vorhanden war oder bis heute beschlossen worden wäre.

In der Frage der Eheschließung wollen die Klerikalen und mit ihnen die führenden Männer der ÖVP die Gleichberechtigung der kirchlichen Trauung neben der staatlichen. Die Sozialisten meinen den Pfarrhöfen könne keineswegs wieder die Funktion von Standesämtern, also öffentlichen Ämtern mit gesetzlichen Befugnissen, übertragen werden. In der Ehegesetzgebung scheiden sich die Geister insbesondere auch in der Frage der unehelichen Kinder. Die Sozialisten wollen sie mit gleichen Rechten ausstatten wie die ehelichen, weil sie an dem angeblichen "Makel" ihrer Geburt selbst keinerlei Schuld tragen, die ÖVP will ihnen aber gewisse Rechte, insbesondere das Erbrecht, verweigern. In ländlichen Gegenden gibt es besonders viele uneheliche Kinder und das Erbrecht dieser Kinder würde manchen Großbauern in Verlegenheit bringen. Wo es um den Geldsack geht, ist eben auf politischer Ebene ein Kompromiß nur schwer zu erzielen.\* \* \* - 5 -

Verwaltung, aber keine Regierung

K.H., Mainz, Ende Juni

Ohne Aufregungen, also ganz so, wie der Wahlkampf zum dritten Landtag verlaufen war, waren im südwestdeutschen Bundesland Rheinland-Pfalz auch die Wochen nach der Wahl, zur Zeit der Regierungsbildung und noch mehr nachher verstrichen. Nachdem feststand, dass die CDU im Landtag mehr als die Hälfte aller Plätze besetzen würde, dass die FDP trotzdem die Erlaubnis erhalten würde, sich an der neuen, alten Regierung wieder zu beteiligen, war auch die über Gerüchten und abwegigen Kombinationen entstandene Spannung sehr schnell abgeklungen. In Rheinland-Pfalz kehrte die Ruhe ein.

In Regierungskreisen und in den sich langsam wieder formierenden Fraktionen der Regierungskoalition war man natürlich über die Ruhe nicht böse. Aber es war eine Friedhoferuhe. In den Reihen der mittleren und unteren Beamten war man sich darüber im Klaren, dass nun eine Epoche folgen würde, die noch mehr als bisher der einseitigen konfessionellen Durchdringung aller Schlüsselstellungen und der wichtigeren nachgeordneten Positionen dient. Auch wenn man sich in der Personalpolitik des Landes aus verständlichen Gründen in den ersten Monaten noch sehr viel Zeit lässt, so sind doch einige politische Beamtenversetzungen des letzten Jahres noch zu gut in Erinnerung.

Einige Bevölkerungskreise hatten angesichts der absoluten Landtagsmehrheit der CDU ihre Hoffnungen auf die FDP gesetzt und von dieser erwartet, dass sie ihren Einfluss für einen gemäßigten Regierungskurs einsetzen werde. Wenn diese Hoffnungen schon durch die Haltung der FDP, besser durch ihre Haltungslosigkeit, in den letzten vier Jahren von vornherein als Illusionen abgestempelt waren, so ließen die Vorgänge zur Zeit der Regierungsbildung dies auch für die letzten Optimisten erschreckend deutlich werden. In allen Meinungsverschiedenheiten wurde der FDP die Courage sehr schnell abgekauft. Sie durfte nicht, wie beabsichtigt, den von ihr schon bisher gestellten Justizminister "auswechseln", der sich als der "treueste Minister der CDU-Regierung" erwiesen hatte. Ihre Position war durch

die Wahlverluste so geschwächt, dass sie zu allen Diktaten der CDU Ja und Amen sagen mußte, um wenigstens in den parlamentarischen Arbeits-Ausschüssen nicht ganz "auf Eis gelegt" zu werden, wie es ihrer Fraktionsstärke entsprochen hätte.

Die kommende Friedhofsruhe kündigte sich auch in der ersten Erklärung des neuen, alten Ministerpräsidenten Altmeier an. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion konnte sie nicht anders als einen "recht befriedigenden Verwaltungsbericht mit einigen politischen Nebenbemerkungen" bezeichnen und hatte damit gleichzeitig das ganze Wesen der zu erwartenden Regierungstätigkeit charakterisiert: durch geschickte, im Hintergrund wirkende Verwaltung des auf dem Gebiet der einseitigen Konfessionalisierung Erreichte zu festigen und neue Ziele anzusteuern. Brennende Probleme, die, noch immer ungelöst, aus den soziologischen Umschichtungen resultieren, werden wie in der Regierungserklärung in den Hintergrund treten; denn in stonter Anlehnung an den Kurs der Bonner Restaurationspolitik fühlt man sich in Rheinland-Pfalz verpflichtet, diese nach Möglichkeit zu übertrumpfen.

Mitschuldig an der Friedhofsruhe im "Musterland ala Bonn" sind allerdings auch gewisse Kreise der Bevölkerung, die sich nach der Wahl einer regelrechten Apathie hinzugeben scheinen. Ohne Zutrauen zur angeblichen Loyalität der CDU, besonders im Bereich der Kultur, abgestoßen von der inneren Unglaubwürdigkeit der FDP, entziehen sie sich immer stärker der für das Wachsen der jungen Demokratie notwendigen inneren Anteilnahme und der Mitarbeit. Sollte es unter diesen Umständen der SPD und ihrer Landtagsfraktion nicht gelingen, das politische Interesse der Bevölkerung wachzuhalten, dann ist Rheinland-Pfalz auf dem besten Wege, einem Operettenländchen aus der überwunden geglaubten Zeit der Doudez-Fürsten mehr und mehr ähnlich zu werden.

### Charlotte im Märchenland

sp - Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erleben - und nachher einen Zeitungsartikel darüber schreiben. Nach diesem Motto hat eine gewisse Frau Charlotte Bergsträsser gehandelt, die mit einem - so versichert sie den Lesern der FAZ - "frischen, wendigen und gut funktionierenden" Mercedes-Wagen durch das Reich Ulbrichts gefahren ist, um die Stimmung der Bevölkerung einzufangen. Was sie in Wirklichkeit einfing, waren Eöne, die seltsamerweise sowohl im Zentralorgan der SED "NEUES DEUTSCHLAND" zu finden sind, wie auch bei gewissen Organen der Bundesregierung. Hier ein Beispiel:

"Mit Staunen sehen wir, dass sich dort jeder dieser Menschen rege für die Politik Adenauers interessiert! Sie wollten wissen, wieso wir einen Ollenhauer dulden. Es waren Arbeiter, Meister, kleine Angestellte, die aus ihrer Verehrung für Adenauer keinen Mehl machen."

Charlotte Bergsträsser konstatierte also, dass man Ollenhauer und somit die SPD nicht dulden dürfe. Ulbricht, der gerade heute wieder einen Feldzug gegen den "Sozialdemokratismus" entfacht hat, verfuhr 1946 durchaus nach Charlotte Bergsträssers Rezept, als er die Sozialdemokratie zu zerschlagen suchte und in die Illegalität trieb. Und auch gewisse Kreise in Bonn, die auf der gleichen Linie operieren, werden Frau Bergsträsser ob ihrer Entdeckungen belobigen.

bleibt nur die Frage, wo die Reisende ihre Entdeckungen, die - wie gesagt - im Propagandarezept sowohl Pankows als auch bestimmter Bonner Kreise seit Jahren nicht fealen, wirklich gemacht hat. In der Zone bestimmt nicht. Berichte von Zonenbewohnern, die wohl ihre Welt besser kenn als die Dame im "frischen, wendigen und gut funktionierenden" Mercedes-Wagen, berichten anders. "Das Verhalten der westlichen Regierungen" - so schrieben uns Magdeburger Arbeiter - "lassen mehr und mehr die Meinung aufkommen, dass es der jetzigen Bonner Regierung ernstlich überhaupt nicht auf die Wiedervereinigung ankommt. So nimmt in letzter Zeit die Sympathie für die SPD stark zu und mehr und mehr wird diese Partei zum alleinigen Garant einer deutschen Wiedervereinigungspolitik." So sprechen die Arbeiter aus der Zone, die mit beiden Füßen auf dem Boden der Tatsachen stehen und nicht wie Frau Bergsträsser mit einem Mercedes durchs Märchenland offizieller Propaganda reisen.

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau